A6 Soziale Hochschulpolitik statt Personenkult und Linientreue

Gremium:	CampusGrün FU Berlin
Beschlussdatum:	15.11.2024
Tagesordnungspunkt:	12. Anträge

Antragstext

Der Rechtsruck der Gesellschaft und die damit einhergehende Diskursverschiebung reicht inzwischen auch weit in die grüne Partei herein. Der Fokus auf Regierungsbeteiligung und der Kurs der Mitte lassen viele linke Menschen frustriert zurück, zuletzt gesehen durch die massenhaften Austritte aus der Grünen Jugend.
Zu diesem Wandel in der uns nahestehenden Partei muss sich auch CG verhalten. Campusgrün ist laut Satzung ein eigenständiger, grüner Hochschulverband. Sein Ziel ist die "Vertretung studienbezogener, wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und politischer Belange der Studierenden". Wir verstehen uns als hochschulpolitischer Zusammenschluss und somit als die Interessensvertretung von Studierenden. In Zeiten neoliberaler Sparpolitik und einer Orientierung an der sogenannten politischen Mitte bedeutet das mitunter auch, dass wir diese Interessen gegen die Partei Bündnis 90/Die Grünen erkämpfen müssen.

In Zeiten des politischen Stillstands müssen wir uns weiterhin für die studentischen Interessen einsetzen. Wir wollen die politisierte Stimmung rund um die Bundestagswahl nutzen, um unsere linken studentischen Themen wieder auf die politische Agenda zu setzen. Dabei wollen wir als Bundesvorstand und Verband das Programm und den Wahlkampf der Partei Bündnis 90/Die Grünen kritisch beobachten, begleiten und Druck in Verhandlungen aufbauen. Es bleibt die tiefgreifende Aufgabe des Bundesvorstands und der Mitgliedsgruppen, studentische Interessen an die ihm nahestehende Partei Bündnis 90/Die Grünen heranzutragen und sich nachdrücklich für diese einzusetzen.

Weiterhin unterstützt der Verband nicht einzelne Kandidat*innen der Mutterpartei, sondern setzt sich vielmehr für die gesamte Breite grüner Konzepte und gegen den gesellschaftlichen Rechtsruck ein.Dazu Verweisen wir auf unsere Beschlüsse sowie die im Grundsatzprogramm manifestierten Werte.

Campusgrün versteht sich als Interessensvertretung für Studierende gegenüber Parteien und Organisationen des links-grünen Spektrums. Dabei setzen wir uns (auch gegen Widerstände) für studentische Belange ein und kritisieren dabei, wenn nötig, auch Gesetzespakete, die von grünen Verantwortungsträger*innen mitgetragen wurden. Ein aktuelles Beispiel hierfür ist die sogenannte „BAföG-Reform“, deren finanzielle Bestimmungen nicht einmal die Grundbedürfnisse vieler Studierender decken und mutmaßlich verfassungswidrig sind. Für die Verbesserung der sozialen Lage vieler Mitglieder unserer Statusgruppe tragen wir Verantwortung, weshalb wir für dieses Anliegen weiter lobbyieren und grüne Regierungsmitglieder in die Pflicht nehmen werden.

Konkret beschließt die Mitgliederversammlung:

1. Campusgrün versteht sich nicht als Wahlkampfvehikel für Bündnis 90/Die Grünen und bleibt in Organisation und politischen Handlungen unabhängig. Der Verband als solcher beteiligt sich nicht an der Kampagne für die Bundestagswahl und fokussiert seine Bemühungen ausschließlich auf hochschulpolitische Belange.

2. Campusgrün setzt sich für basisdemokratische Entscheidungen auf sämtlichen Beschlussebenen ein. Dabei erliegen wir keinem Personenkult und konzentrieren uns auf konkrete Sachpolitik für die Gruppe der Studierenden.

3. Campusgrün priorisiert die Belange der Studierenden. Dabei bleibt die Verringerung der finanziellen sowie sozialen Not eine unserer weitreichendsten Aufgaben. Beschlüssen auch grüner Verantwortungsträger*innen, die sich im Kampf gegen soziales Elend als nur unzureichend erweisen, stehen wir weiterhin kritisch gegenüber. Wir bleiben weiter fest an der Seite von benachteiligten Menschen.